
**// Für eine
gerechte
Finanzpolitik.
Fakten und
Argumente der
SP des Kantons
Zürich.**

Eine Stimme für Sie. **// SP**

www.spzuerich.ch

// Einleitung

Der Abbau von staatlichen Leistungen steht im Zentrum der politischen Diskussion. Die bürgerlichen Parteien und die schweizerischen Wirtschaftsverbände behaupten, die staatlichen Ausgaben würden zu sehr anwachsen, darum müsse man die Leistungen des Staates abbauen. Es brauche zudem Steuersenkungen, damit die Wirtschaft der Schweiz wieder wachse. Diese Argumentation wird zum Anlass genommen, die Umverteilung von Reichtum in der Schweiz voranzutreiben, indem die Wohlhabenden steuerlich entlastet und Leistungen des Staates für den Mittelstand und für die unteren Einkommenschichten gestrichen beziehungsweise verteuert werden. Bis jetzt ist es der Schweiz gelungen, bei einer vergleichsweise geringen Steuerbelastung eine gute Versorgung für die Einwohnerinnen und Einwohner zu garantieren. Dieses Gleichgewicht ist heute in Gefahr.

Die vorliegende Broschüre wird die Behauptungen der bürgerlichen Parteien entkräften. Ferner zeigt sie auf, dass die von bürgerlicher Seite vorgeschlagenen Rezepte ungerecht, aber auch sozial und wirtschaftlich untauglich sind.

Die SP will einen gesunden Staat, der gute staatliche Leistungen für alle Bevölkerungsschichten erbringt. Ein Staat, dessen Steuern weltweit zu den niedrigsten gehören, kann und soll andere Prioritäten setzen als dies bürgerliche Politiker tun. Die Absicherung der sozial Schwachen in unserem Land, eine gutes, für die Betroffenen bezahlbares Gesundheitswesen, der Ausbau des Bildungswesens und ein funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz sind wichtiger als weitere Steuersenkungen.

Inhalt

Schere zwischen Arm und reich	5
Fiskalquoten im internationalen Vergleich	6
Der Kanton Zürich ist kein Sanierungsfall	7
Mehr Wachstum - nicht weniger Staat	8
Sparen in der Not bringt noch mehr Not	10
Hausgemachte Sparmassnahmen	12
Scheinsparen à la SVP und FDP	13
Die Vorschläge der SP	14

Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer grösser.

Seit mehreren Jahren findet eine fatale Entwicklung statt: Die Kluft zwischen Reich und Arm wird immer grösser. Doch das Auseinanderklaffen der Einkommensschere betrifft nicht nur die Armen, sondern immer mehr den Mittelstand. Der gesamte Lohnzuwachs der Neunziger Jahre ist an 5 Prozent der Arbeitskräfte gegangen; die übrigen 95 Prozent der Erwerbstätigen haben seit 1990 gleich viel oder sogar weniger Lohn erhalten.¹ 5 Prozent der Zürcher Bevölkerung (50'000 Personen) lebt unter der Armutsgrenze und weitere 22 Prozent (220'000 Personen) sind armutsgefährdet. Fast die Hälfte der von Armut Betroffenen lebt in Paarhaushalten mit Kindern, bei den Armutsgefährdeten sind es sogar 60 Prozent²

Bei den Steuern haben wir eine ganz andere Entwicklung: Der Mittelstand zahlt die Hauptlast der Steuern. Schon immer waren in der Schweiz die Arbeitseinkommen überproportional besteuert, während die grossen Vermögen mit Samthandschuhen angefasst werden. Als eines der wenigen Länder kennt die Schweiz keine Kapitalgewinnsteuer. Milliardengewinne an den Börsen sind steuerfrei. Unzählige Steuerschlupflöcher in den Steuergesetzen werden systematisch zulasten der Arbeitseinkommen ausgebaut. In vielen Kantonen – auch im Kanton Zürich – wurde die Erbschaftssteuer abgeschafft oder massiv eingeschränkt.

Von dieser Abschaffung profitierten nur 25 Prozent der Bevölkerung, da schon vor der Abschaffung der Erbschaftssteuer 75 Prozent der Erbfälle steuerfrei waren. Genützt hat die Abschaffung in erster Linie einer sehr kleinen Gruppe, die sehr grosse Vermögen geerbt hat. Im Kanton Zürich wurde zudem die Handänderungssteuer abgeschafft. Die Folge: Einige Gemeinden ha-

ben bereits ihre Steuerfüsse erhöht, weitere werden folgen. Die Allgemeinheit muss also mehr Steuern zahlen, damit Hauseigentümer etwas weniger Steuern zahlen müssen. In dem am 16. Mai 2004 zur Abstimmung kommenden Steuerpaket wird diese Entwicklung weiter geführt: Hauseigentümer erhalten massive Steuer geschenke und reiche Familien werden überproportional entlastet.

Einnahmehausfälle durch Steuersenkungen werden zudem oft auch durch indirekte Steuern kompensiert (z.B. Mehrwertsteuer, Gebühren).³ Das ist unsozial, weil Gebühren und Kopfprämien alle Einkommen gleich treffen, ob Verkäuferinnen oder Milliardäre. Wir wollen keine Gesellschaft, in der nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Steuern zahlen und die Vermögenden Sonderregelungen aushandeln können, wie dies zum Beispiel Bundesrat Christoph Blocher gern hätte.

1 Werner Vontobel, Warum Schweizer ärmer werden, Cash, 30.3.2001

2 Urs Rey, Armut im Kanton Zürich, in Statistische Berichte des Kantons Zürich, Heft 4/2000, S. 19ff.

3 Serge Gaillard, Die Schweiz braucht ein starkes Wirtschaftswachstum, Jahrespressekonferenz des SGB, 7.1.2004

// Die Steuern in der Schweiz sind bereits jetzt sehr niedrig.

OECD: Fiskalquoten (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt BIP) in Prozent.

Land	2001
Schweden	51.4
Dänemark	49.8
Finnland	46.1
Belgien	45.8
Österreich	45.4
Frankreich	45
Norwegen	43.3
Italien	42
Luxemburg	40.7
Niederlande	39.5
Ungarn	39
Tschech. Rep.	38.4
Grossbritannien	37.3
Griechenland	36.9
Deutschland	36.8
Island	36.5
Türkei	36.5
Spanien	35.2
Kanada	35.1
Neuseeland	33.8
Polen	33.6
Portugal	33.5
Slovakische Rep.	32.3
Schweiz	30.6
Australien	30.1
Irland	29.9
USA	28.9
Japan	27.3
Korea	27.2
Mexiko	18.9

Die nebenstehende Grafik zeigt: Wir sind bei der Steuerbelastung im unteren Bereich. Signifikant tiefere Steuern hat nur das Schwellenland Mexiko.

// Der Kanton Zürich ist kein Sanierungsfall.

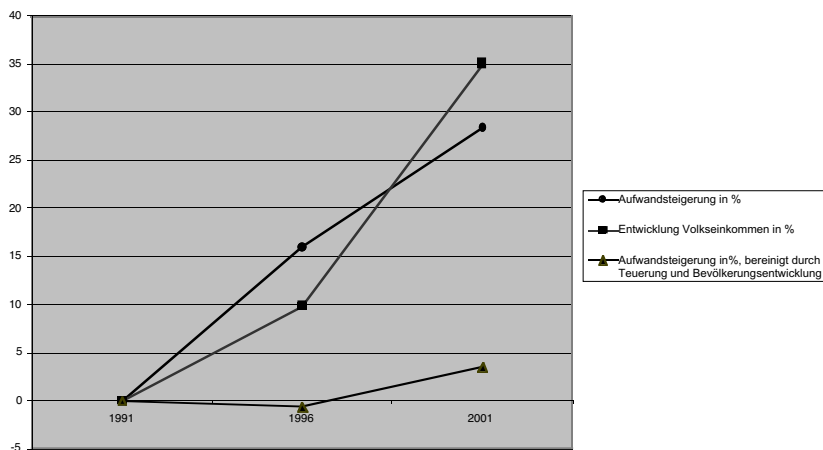
Bürgerliche Politiker behaupten: Die Regierung des Kantons Zürich hat in den letzten Jahren unsere Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen. Der Aufwand sei in den letzten zehn Jahren um 29 Prozent gewachsen.

Wenn man die Ausgaben des Kantons Zürich bereinigt durch Teuerung und Bevölkerungsentwicklung betrachtet, beträgt die effektive Aufwandssteigerung lediglich 3 Prozent. Damit wurden in den letzten zehn Jahren zum Beispiel die S-Bahnen ausgebaut, die Krankenkassenprämienverbilligung eingeführt, alle Fachhochschulen vom Kanton übernommen und ausgebaut und die medizinischen

bringt auch nichts, wenn Firmen trotz tiefem Steuerfuss abwandern, weil die Leistungen nicht stimmen; weil der öffentliche Verkehr darniederliegt oder die öffentliche Sicherheit nicht gewährleistet ist.“⁴

Der Kanton Zürich hat in den letzten Jahren, als es dem Kanton finanziell besser ging, Eigenkapital aufgebaut. Im Jahr 2003, als der Kanton schmerzhaft Sparübungen bei der Bildung, bei der Gesundheit, beim Umweltschutz und der öffentlichen Sicherheit durchgezogen hat, besass der Kanton Zürich immer noch ein Eigenkapital von 1,24 Milliarden Franken. Im Jahr 2002 hat der Regierungsrat ein Budgetdefizit von 161 Millionen Franken vor-

Aufwandentwicklung Kanton Zürich



In der Grafik wird gezeigt, dass die Aufwandsteigerung – bereinigt durch Teuerung und Bevölkerungsentwicklung – viel kleiner ist als behauptet. In der gleichen Zeit ist auch das Volkseinkommen mehr gestiegen als die Staatsausgaben.

Leistungen der Spitäler verbessert. All diese Leistungen sind für die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort wichtig.

Der Kanton Zürich hat unsere Steuergelder gut eingesetzt. Für den Wirtschaftsstandort Zürich ist die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zentraler als die Höhe des Steuerfusses, wie selbst SVP-Finanzdirektor Christian Huber zugibt: „Es

ausgesagt. In Wahrheit hat der Kanton Zürich einen Überschuss von 242 Millionen Franken verzeichnen können. Der Kanton Zürich hat kein strukturelles Defizit. Er ist im Kern finanziell gesund.

⁴ Interview mit Regierungsratspräsident Christian Huber, Tages-Anzeiger, 5.1.04

Wir brauchen mehr Wachstum – nicht weniger Staat.

Das Gespenst der steigenden Staatsquote dominiert seit einiger Zeit die wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion. Wegen der massiv angestiegenen Staatsquote würde die Schweizer Wirtschaft zu wenig wachsen, behaupten bürgerliche Politiker und Wirtschaftsverbände.

Die Staatsquote (Staatsausgaben in Prozent des Volkseinkommens) und die Steuerquote (Steuern in Prozent des Volkseinkommens) der Schweiz sind im Vergleich mit anderen OECD-Ländern gering. Im Kanton Zürich sind beide in den letzten 15

erreichten gut drei- bis viermal so viel Wachstum wie die Schweiz (11,3% in zehn Jahren) – so etwa Österreich (46,7%), Finnland (38,3%) oder die Niederlande (30,1%). Selbst Schweden, das mit einer Steuerbelastung von über 50% in der fundamentalistischen Denkweise der Staatsabbauer eigentlich längst bankrott, die Bewohner verhungert sein müssten, hat ein Wirtschaftswachstum von 31,0 Prozent – fast das Dreifache der Schweiz – verzeichnet.⁶

Warum haben diese Länder mehr Wachstum? Sie haben unter anderem massiv in

Verhältnis durchschnittliche Staatsquote und durchschnittliches Wirtschaftswachstum

	<i>Staatsquote 1990-1999</i>	<i>Wachstum 1992-2001</i>
Finnland	49.9	2.63
Norwegen	46.5	2.88
Niederlande	45.6	2.15
Kanada	43.7	2.33
Grossbritannien	41.6	2.44
Schweiz	38	0.42
Japan	35.4	0.79
Irland	34.1	6.68
USA	31.8	2.05

Die Tabelle zeigt, dass es keinen offenkundigen Zusammenhang zwischen Staatsquote und Wirtschaftswachstum gibt. So hat zwar Irland mit sehr tiefer Staatsquote ein hohes Wachstum. Die Schweiz und Japan haben aber mit der vergleichbar tiefen Staatsquote ein sehr viel geringeres Wachstum als Länder wie Finnland oder Norwegen, welche eine viel höhere Staatsquote aufweisen.

Jahren ziemlich stabil geblieben. In den Rezessionsjahren der 1990er Jahre waren sie etwa gleich hoch wie heute, da das Volkseinkommen geringer war, in den Zwischenjahren (vor 1993 und 1998 bis 2001) waren sie etwas niedriger.⁵

Ein Vergleich der europäischen Länder zeigt, dass eine tiefe Steuerquote nicht zu mehr Wirtschaftswachstum führt. Länder mit einem massiv höheren Staatsanteil

Bildung und Infrastruktur, in Forschung und Entwicklung investiert. In der Schweiz wird in diesen Bereichen gespart.

Studien beweisen, dass es keinen Zusammenhang zwischen Staatsquote und Wirtschaftswachstum gibt. Das müssen sogar jene Ökonomen zugeben, die sonst laut gegen die angeblich steigende Staatsquote wettern: Einen klaren empirischen Zusammenhang zwischen der Höhe

öffentlicher Ausgaben und wirtschaftlichem Wachstum habe man bisher nicht feststellen können, schrieb der St. Galler Ökonom Franz Jaeger bereits im letztjährigen «Global Competitiveness Report»⁷. Aber die Wirtschaft wächst, wenn die Qualität der staatlichen Leistungen stimmt. Wichtig ist laut Xavier Sala-i-Martin, Professor an der Columbia-Universität, nicht die Grösse des Staatsapparates, sondern dessen Qualität. In einer Auswertung von 15 Jahren Forschung zum Thema Wirtschaftswachstum kommt er zum Schluss, dass hohe Steuern kein Problem sind, sofern ihnen auch staatliche Leistungen von entsprechender Qualität gegenüberstehen.⁸

Das soll nicht heissen, dass nun die Steuern massiv erhöht werden sollen. Aber wir müssen uns von dem Zerrbild lösen, dass Steuersenkungen das Allheilmittel für alle wirtschaftlichen Probleme sind – im Gegenteil, manchmal schaffen gerade sie die Probleme.

5 Staatsrechnung 2002, Bericht und Antrag der Regierung

6 Daniel Hug, Die Klage vom überbordenden Staat übertönt andere wirtschaftliche Fehler, NZZ am Sonntag, 16.11.03

7 Alain Zucker, Nordlicht - Hohe Staatsquote, hohes Wachstum. Was die Schweiz von Finnland lernen kann, Magazin, 6.12.03

8 Niklaus Vontobel, Steuern und Wachstum: Kein Zusammenhang, Cash, 27.11.03

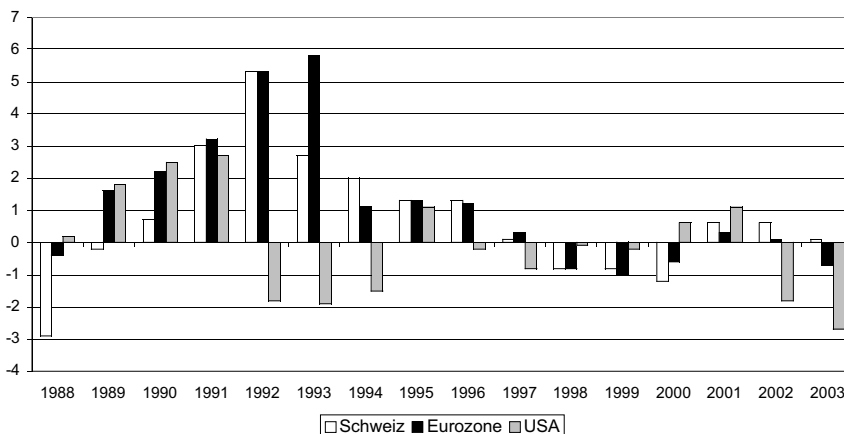
///Sparen in der Not bringt noch mehr Not.

Bürgerliche Politiker halten das Sparen – neben Steuersenkungen – für das wichtigste Ziel. Der Staat habe kein Geld, also müsse er sparen, das mache die Hausfrau auch, wenn ihr Budget knapp werde. Volkswirtschaften sind aber etwas komplexer als Haushaltsbudgets. Der Staat muss eine antizyklische Politik betreiben: Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, muss er mit Investitionen versuchen, die Nachfrage zu stärken. Es zahlt sich im Übrigen auch für private Haushalte aus, in guten Zeiten Geld auf die Seite zu legen, um dann in den schwierigen Zeiten eine Reserve zu haben.

Der Versuch, das Budget dennoch auszugleichen, führt in einen Teufelskreis mit deutlich höheren Arbeitslosenzahlen und Staatsausgaben, weil durch die schwierige Lage auch der Binnenkonsum sinkt und die öffentliche Hand bei der Arbeitslosenversicherung und bei der Fürsorge mehr Geld braucht. «Eine Obergrenze für das Staatsdefizit», so den Haan, «kann sehr grosse Nachteile haben.»

Die praktische Erfahrung zeigt, dass eine lockere Geldpolitik und hohe Staatsdefizite ein gutes Mittel zur Überwindung von Krisen sind. Die USA haben die Wachstums-

Kurzfristiger Zinssatz minus Wachstumsrate BIP nominell (in %)



Natürlich ist ein grosses Defizit nicht erstrebenswert und eine Belastung für kommende Generationen. Die Schweiz hat aber im Moment im internationalen Vergleich ein minimales Defizit von nur 0.2 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Die als streng geltenden Maastrichter Kriterien erlauben ein Defizit von 3 Prozent.⁹ Ein Defizit unbedingt in der jetzigen schwierigen Situation ausgleichen zu müssen, ist nicht ratsam. Professor Wouter den Haan von der London School of Economics ist der Ansicht, dass Rezessionen zu Steuerausfällen und zusätzlichen Sozialausgaben von 4 bis 7 Prozent des BIP führen.

schwäche von 1990/91 mit Budgetdefiziten von durchschnittlich 6,1 Prozent überwunden. Grossbritannien und Schweden haben 1993 die Rezession mit Budgetdefiziten von 7,9 und 11,9 Prozent bekämpft. Schon ab 1994 setzte in beiden Ländern ein Aufschwung mit stark steigender Beschäftigung ein. Länder wie Deutschland und die Schweiz, die fleissig sparten, erholten sich viel langsamer.¹⁰

Sowohl die Geld- wie auch die Finanzpolitik hat die Rezession in den USA resolut bekämpft (s. Grafik). In der EU dagegen blieben die wirtschaftspolitischen Instan-

zen Gefangene des zu restriktiven Inflationsziels der Europäischen Zentralbank (EZB) und den zu engen Kriterien des Stabilitätspaktes. Die Europäische Zentralbank hat die Zinsen seit Beginn der Rezession im Jahr 2001 immer zögerlich und spät gesenkt und hat auch nicht auf die starke Aufwertung des Euros gegenüber dem Dollar reagiert. Die zögerliche Erholung in der Eurozone hat vor allem mit der starren und unbeweglichen Haltung der Zentralbank zu tun und nicht – wie gerne behauptet – mit den zuwenig flexiblen Arbeitsmärkten.¹¹

Ein Defizit während einer Rezession ist kein Problem, wenn es in den Zeiten guter Konjunktur wieder ausgeglichen wird. Die Dänen beispielsweise verschuldeten sich im vergangenen Jahrzehnt absichtlich, um mit höheren Staatsausgaben den schleppenden Konsum anzukurbeln. Doch kaum liefen die Geschäfte wieder, bauten sie das Defizit ab. Die Nordeuropäer zeigen heute, sagt der Chefökonom des World Economic Forums, Antonio Lopez Claros, dass «Länder mit ausgebautem Sozialstaat finanziell gesund sein können». Denn noch immer haben Schweden, Dänemark, Finnland die höchsten Staatsquoten. Sie sanierten ihre Kassen, in dem sie ihren Wohlfahrtsstaat weniger ab- als umbauten.¹²

Wachstumshemmend in der Schweiz ist vor allem der mangelnde Binnenkonsum, verursacht durch stagnierende Löhne der Erwerbstätigen und durch eine zu hohe Sparquote der Wohlhabenden – beides Folge der Tatsache, dass bei uns die Reichen immer reicher und die Normalbürger immer ärmer werden. Der mangelnde Binnenkonsum entsteht aber auch durch stagnierende beziehungsweise rückläufige öffentliche Ausgaben.

9 Alain Zucker, Magazin, 6.12.03

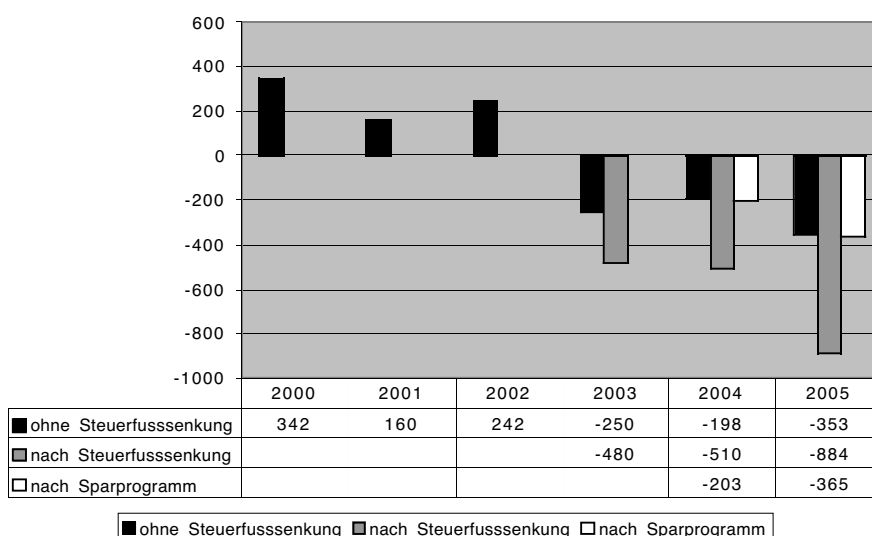
10 Werner Vontobel, Die Sparwut verschärft die Krise, Sonntags-Blick, 9.11.03

11 Serge Gaillard, 7.1.04

12 Alain Zucker, Magazin, 6.12.03

// Das Defizit ist hausgemacht.

Das Sanierungsprogramm 04 der Zürcher Regierung, das bereits zum Teil realisiert wurde, hat für grosse Aufregung gesorgt. Hauptgrund für dieses Sanierungsprogramm sind nicht masslos gestiegene Staatsausgaben, wie FDP und SVP behaupten, sondern deren masslose Steuersenkung im Dezember 2002. Gegen den Willen der Regierung drückten die bürgerlichen Parteien eine Steuerfussenkung von 5 Prozent durch. Das Sanierungsprogramm 04 beseitigt jetzt nur das Defizit, das durch diese unnötige Steuerfussenkung verursacht wurde. Der Kanton Zürich hätte ein deutlich geringeres Defizit, wenn die bürgerlichen Parteien auf dieses Steuergeschenk verzichtet hätten.



Die obenstehende Grafik zeigt, dass der Betrag der nun im Kanton Zürich eingepart werden muss, genau der Steuerfussenkung von 5 Prozent, welche FDP und SVP im Dezember 2002 durchgegesetzt haben, entspricht.

// Den letzten beissen die Hunde: Scheinsparen à la SVP und FDP.

Beim Bund und im Kanton Zürich wollen FDP und SVP fleissig sparen. Doch ein beträchtlicher Teil der Sparmassnahmen sind reine Verschiebungen der Ausgaben auf eine andere staatliche Ebene. Vom Bund werden Lasten auf die Kantone abgewälzt und der Kanton verlagert Aufgaben an die Gemeinden. Diese sind am Schluss die Leidtragenden.

Zum Beispiel plant der Bund aus der Mitfinanzierung von Tempo-30 Zonen auszusteuern. Projekte in Gemeinden sind dadurch gefährdet. Es ist absehbar: Die Unfälle werden wieder zunehmen, weil viele Gemeinden den Bundesbeitrag von 50 Prozent der Kosten nicht übernehmen können. Ein anderes Beispiel: Das Leben in den Alpen wird für Einheimische und Touristen gefährlicher. Bisher zahlte der Bund 20-70 Prozent der Kosten von Lawingalerien und Tunnels, jetzt können die Kantone und Gemeinden selbst schauen – und dies in einer Zeit, da die Berge wegen der Klimaveränderung zu rutschen beginnen. Der Bund will sich auch aus der Stipendienfinanzierung bei Lehrlingen und GymnasiastInnen zurückziehen: Die Aufwendungen des Bundes sinken von 86 Millionen Franken im Jahre 2002 auf 25 Millionen Franken im Jahre 2007. Mit dem Sparprogramm werden die Stipendienbeiträge für Studierende um mehrere Millionen gekürzt. Hier müsste der Kanton einspringen – angesichts der Sparhysterie illusorisch. Für Kinder aus finanziell schlechter gestellten Haushalten vermindern sich die – ohnehin schon geringen – Bildungschancen immer mehr.

Auch die Sparmassnahmen im Kanton Zürich wollen Lasten an die Gemeinden abschieben: Die Mehrbelastung der Gemeinden durch das Sanierungsprogramm 04 beträgt 256 Millionen Franken – für viele Gemeinden eine ausgesprochen schwierige Situation. So werden die Für-

sorgekosten für die Gemeinden ansteigen, wenn AHV- und IV-Beihilfen abgeschafft werden. Ferner werden Beiträge des Kantons für die Jugendhilfe, für die Alimentenbevorschussung, für die Forstreviere und der Kostenersatz für die Ausländerfürsorge gestrichen beziehungsweise reduziert.

Die Vorschläge der SP sind sozial gerecht und wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr und Sicherheit, das sind Leistungen, von denen wir alle profitieren. In diesen Bereichen zu sparen, kann längerfristig schwerwiegende Folgen haben. Die Standortattraktivität wird durch eine schlechtere Qualität der öffentlichen Dienstleistungen eingeschränkt und mit Sparmassnahmen in der Bildung verbauen wir unsere Zukunft. Vom sogenannten Humankapital hängt ab, wie innovativ Unternehmen sind: «Wenn wir uns nur auf die Sanierung der Staatsfinanzen konzentrieren, verhalten wir uns wie eine Firma, die zwar ihre Kosten im Griff hat, aber keine neuen Produkte verkauft», meint Stéphane Garelli, Professor an der Wirtschaftskadenschmiede IMD in Lausanne.¹³

Das Sanierungsprogramm 04 des Kantons Zürich reduziert die Qualität der Volksschulbildung, gefährdet die Qualität der Gesundheitspflege in den Spitälern, kürzt Leistungen für die sozial Schwächsten (AHV- und IV-Beihilfen) und führt zum Verlust von 1240 Stellen. Zudem verursacht es eine erhebliche Mehrbelastung der Gemeinden.

Das grosse Entlastungsprogramm des Bundes bringt grosse Einschnitte vor allem in den Bereichen Umwelt und Verkehr und kostet laut einer Studie tausende von Arbeitsplätzen.¹⁴ Auch dieses Programm ist in erster Linie notwendig wegen der Steuerausfälle, die durch das Steuerpaket entstehen würden. Gegen dieses Steuerpaket, das in erster Linie reiche Familien und Hauseigentümer entlastet, wurde zum ersten mal in der Geschichte der Schweiz das Kantonsreferendum ergriffen. Die Kantone fürchten Einnahmefälle in Milliardenhöhe. Die Vorlage wird am 16. Mai 2004 an die Urne gelangen.

Die SP setzt sich mit aller Kraft ein für eine Politik, welche die richtigen sozialen und wirtschaftspolitischen Prioritäten setzt: Wir wollen einen gesunden Staat, der gute Leistungen für alle Bevölkerungsschichten erbringt. Wir wollen einen Staat, der die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben verhindert und nicht fördert. Und wir wollen einen Staat, der nicht durch den Abbau von Leistungen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Rezession verschärft und das Wirtschaftswachstum abwürgt.

¹³ Alain Zucker, Magazin 06.12.03

¹⁴ Das BAK Basel geht von 8'000 Stellen aus, die Schätzungen von anderen Experten sind noch höher: 20'000 – 30'000 Stellen könnten betroffen sein.

// Ich wähle die SP

Bitte senden Sie mir folgende Publikationen:

Fakten und Argumente/Positionen und Konzepte

- Freiwilligenarbeit – ein solidarischer Beitrag an die Gesellschaft
- Sozialpolitik – unser Kerngeschäft
- Liberalisierung. Deregulierung und Privatisierung. Ein Leitfaden für politisches Handeln
- Arbeitsplätze. Aktive Beschäftigungspolitik anstatt neoliberale Rücksichtslosigkeit
- New Public Management – Chance oder Gefahr
- Sicherheit und Lebensqualität im Alter – Thesen der SP zur Alterspolitik
- Sport... ausser man tut es – Sportkonzept

Für InteressentInnen

- Wir sind Partei. Positionen und Personen der SP
 - Angebote aus der SP-Küche: Was darf es denn sein?
 - Zur Sache. Positionen und Personen der SP-Kantonsratsfraktion
 - Für einen Kanton in guter Verfassung. Positionen und Personen der SP-Verfassungsratsfraktion
 - links.ch. Mitgliederzeitung der SP Schweiz
 - Flintenweiber und rote Hunde. Jubiläumsbroschüre: 100 Jahre SP Kanton Zürich
 - Flyer der JUSO
 - Informationen zu folgenden Themen:
-

Ich möchte SP-Mitglied werden

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____